



## Organe um jeden Preis?

**Das Transplantationsgesetz soll so geändert werden, dass neu alle Menschen, die nach ihrem Tod keine Organe entnommen haben möchten, dies zu Lebzeiten in einem Register festhalten müssen. Die EVP lehnt diese Grundrechte missachtende Gesetzesänderung entschieden ab, mit der neue Organspender produziert werden sollen – auch wenn sie die Organspende im Grundsatz befürworten.**

Welch Ironie! Während die Linke im Sexualstrafrecht mit «nur Ja heisst Ja» ein eigentliche Selbstverständlichkeit propagiert, befürwortet sie, dass mit der Änderung des Transplantationsgesetzes in Bezug auf den menschlichen Körper im Sterbeprozess das genaue Gegenteil eingeführt wird: nur noch Nein soll Nein heissen. Denn mit der erweiterten Widerspruchsregelung wird genau das der Fall sein. Man möchte damit den Weg des geringsten Widerstandes und Aufwandes gehen. Aber ist dies der Richtige?

Grundlegende Regeln der Medizin, die den Patienten schützen sollen, werden damit über Bord geworfen. Der sogenannte informed consent, also die Aufklärung und Einwilligung des Patienten, kann gar nicht sichergestellt werden. Vor allem für die Schwächsten ist die Gefahr am grössten, dass ihre verfassungsmässigen Grundrechte – das Recht auf Selbstbestimmung und auf körperliche Unversehrtheit – verletzt werden: Jene, die keine Landessprache verstehen, die nicht lesen oder solche Sachverhalte gar nicht verstehen können. Gerade diese Personen brauchen den Schutz der Rechtsordnung, der ihnen mit der neuen Regelung genommen wird.

Organe spenden kann Leben retten. Aber niemand, absolut niemand, hat das Recht auf ein fremdes Organ. Eine Organspende

und der damit verbundene Eingriff in die eigene, körperliche Unversehrtheit muss freiwillig erfolgen und dazu braucht es eine klare Zustimmung. Sonst ist es keine Spende, sondern eine Enteignung. Ich kann nicht genug betonen, dass ich nicht gegen die Organspende bin, sonst hätte ich mich nicht dafür registriert. Mir geht es einzig und allein darum, dass dies jeder für sich aktiv entscheiden muss.

Vielleicht kommen mit dieser Gesetzesänderung tatsächlich mehr Spenderorgane zusammen, aber zu welchem Preis? Zum Preis, dass in vielen Fällen weder das medizinische Personal noch der Organempfänger wissen, ob das Organ wirklich freiwillig gegeben wurde. Zum Preis, dass es mit Sicherheit zu Entnahmen gegen den nicht geäusserten Willen des Betroffenen kommen wird. Es ist ja nicht so, dass es keine Alternative gäbe. Die nationale Ethikkommission hat mit der Erklärungsregelung einen gangbaren Weg aufgezeigt, mit dem der Wille des Einzelnen sichergestellt werden kann.

Ich bitte Sie: Sagen Sie JA zur Menschenwürde. JA zu unseren Grundrechten. Und darum: NEIN zu dieser unsäglichen Änderung des Transplantationsgesetzes.



Timon Hofmänner  
Sekretär  
EVP Kt. St.Gallen

### PAROLEN

#### national

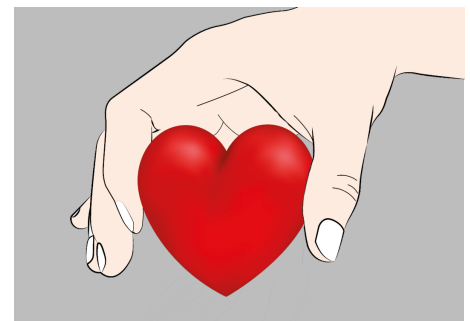
Änderung Filmgesetz  
(grossmehrheitlich) Ja

Transplantationsgesetz  
(einstimmig) Nein

Weiterentwicklung  
Schengen-Besitzstand  
(grossmehrheitlich) Ja

#### kantonal

Neubau Staatsarchiv &  
Kantonsbeitrag OST  
(einstimmig) Ja



**Wer mein Herz will,  
muss mich fragen**

Transplantationsgesetz

**NEIN**

am 15. Mai

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
EVP Kanton St. Gallen  
[www.evp-sg.ch](http://www.evp-sg.ch)

Kontakt: Timon Hofmänner,  
[sekretariat@evp-sg.ch](mailto:sekretariat@evp-sg.ch)

PC 90-219-8  
IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



## KOMMENTAR

Roman Rutz  
Generalsekretär  
EVP Schweiz

### Krieg in Europa

Was meine Generation für unmöglich hielt, ist plötzlich bittere Realität: In Europa herrscht wieder Krieg. Millionen von Menschen auf der Flucht, Millionen von Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind und für die keine Hilfe in Sicht ist. Wenn Sie diese Zeilen lesen, ist vielleicht alles schon wieder ganz anders. Im besten Fall ein Waffenstillstand mit politischen Lösungen, im schlimmsten Fall ein Atomkrieg.

Ich bin über folgendes – sinngemässes – Zitat gestolpert:

«Krieg ist, wenn sich junge Männer, die sich nicht kennen und nichts gegeneinander haben, gegenseitig umbringen, auf Befehl von alten Männern, die sich kennen und nicht mögen, sich aber nicht gegenseitig umbringen.»

Und so sind sie plötzlich wieder da: die Forderungen nach Aufrüstung, die Gedanken nach Rache, aber doch auch der tiefe Wunsch nach Frieden.

Als EVP-Politiker schaue ich ohnmächtig zu und versuche zu helfen, wo es geht, und bete für Umkehr, für Schutz und Rettung für Betroffene. Gleichzeitig plagt mich das Gewissen, denn unsere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas finanziert letztlich direkt den Krieg. Und seien wir ehrlich: Wir wussten es alle längst! Unsere Energieabhängigkeit von Staaten wie Russland, Saudi-Arabien, Katar etc. hätte uns schon längst hellhörig werden lassen müssen. Denn alle diese Staaten sind für ihre Menschenrechtsverletzungen bekannt. Die Ukraine aber, die ist uns nah. Viele von uns kennen Menschen aus der Ukraine oder kommen nun in Kontakt mit ihnen. Und so merken wir einmal mehr, dass Menschen überall auf der ganzen Welt die gleichen Bedürfnisse haben. Aber auch die gleiche Würde.

Und so hoffe und bete ich nicht nur für Frieden, sondern auch für eine Umkehr in unserer westlichen Welt.



Bild: Pixabay.com

## Schweizer Filmförderung «Lex Netflix»

**Der digitale Wandel ist auch im Bereich der Filmindustrie nicht aufzuhalten. Mit der Gesetzesänderung soll die Ungleichbehandlung von Fernsehsendern und Streamingdiensten beseitigt werden.**

Die Änderung des Filmgesetzes sieht vor, dass Streamingdienste künftig vier Prozent ihres in der Schweiz erzielten Umsatzes ins Schweizer Filmschaffen investieren. Dies gilt auch für ausländische Fernsehsender, die mit Werbefens-tern Geld in der Schweiz verdienen. Notwendig wird die Änderung nicht zuletzt, weil immer mehr Inhalte via Internet, also Streamingdiensten, konsumiert wird. Mit der Gesetzesänderung können Streamingdienste, wie Netflix, Disney+ und Blue, selbst entscheiden, ob sie sich mit den vier Prozent ihres Umsatzes direkt an Schweizer Film- und Serienproduktionen beteiligen oder ob sie die Ersatzabgabe zugunsten der Schweizer Filmförderung entrichten. Mit der Änderung wird zudem sichergestellt, dass das Angebot der Streamingdienste mindestens 30 Prozent europäische Produktionen beinhalten.

Die Filmförderung in der Schweiz wird durch den Bund und die Regionen unterstützt. Auch die SRG leistet ihren Beitrag zum Schweizer Filmschaffen. Seit 2007 müssen zudem die privaten Fernsehsender in der Schweiz vier Prozent ihres Umsatzes in das hiesige Filmschaffen investieren. Mit der vorgeschlagenen Änderung des Filmgesetzes wird also eine Gleichbehandlung der Medien geschaffen.

Die EVP unterstützt die Vorlage und setzt sich im Ja-Komitee ein. Sie empfiehlt daher, der Vorlage zuzustimmen.



Daniel Bertoldo  
Präsident  
EVP Kt. St.Gallen

## Frontex-Referendum

**Die europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) wird seit Ende 2019 ausgebaut. Dieser Ausbau ist eine Weiterentwicklung des Schengen-Abkommens und darum soll sich auch die Schweiz beteiligen, wie Bundesrat und Parlament entschieden haben. Die EVP unterstützt dies.**

Obwohl ich früher Schengen-Dublin kritisch gegenüberstand, muss ich eingestehen, dass es durchaus seine positiven Seiten hat. Vor allem der Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS) erleichtert die Strafverfolgung im Bereich der organisierten Kriminalität enorm. Als Schengen-Mitglied stehen wir jedoch in der Pflicht, uns finanziell und personell an Frontex zu beteiligen. Konkret bedeutet dies eine Erhöhung unserer jährlichen Beiträge auf 61 Mio. Fr. bis im Jahr 2027 (Stand 2021: 24 Mio. Fr.) und mehr Personal.

Die Frontex steht jedoch wegen illegaler Rückweisungen von Geflüchteten in der Kritik. Solche Menschenrechtsverletzungen

müssen gestoppt werden! Aber wenn die Schweiz sich aus dem Schengen-Abkommen zurückzieht, hat sie keine Möglichkeit mehr, in den entscheidenden Gremien für den Schutz der Grundrechte einzustehen. Und wir werden bei einem Nein automatisch aus dem Abkommen ausscheiden, wenn wir nicht innert 90 Tagen eine Lösung finden, der die Schweiz, die EU-Kommission und sämtliche EU-Mitgliedsstaaten einstimmig zustimmen.

Darum stimme ich JA zur «Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)».

Timon Hofmänner  
Sekretär, EVP Kt. St.Gallen

# Sterben – ein Tabu?

**Das Sterben betrifft jeden Einzelnen. Und jeder weiss das auch. Aber sind wir uns dessen auch bewusst oder leben wir, als ob dieses Leben endlos wäre? Regierungsrat Bruno Dammann und Waltraud Eggenberger vom Diakonieverein Werdenberg regten die Teilnehmer des EVP-Forums vom 2. April an, über das Thema nachzudenken.**

Nach der Begrüssung durch den Grabser Gemeindepräsidenten Niklaus Lippuner führte uns Regierungsrat Bruno Damann – früher als Hausarzt tätig – anschaulich vor Augen, dass das Sterben medizinisch gesehen noch zum Leben gehört und der Tod den Bruch mit dem Leben darstellt. Der Sterbeprozess ist selten eine schnelle Angelegenheit. Für die Hinterbliebenen ist es oft bedrückend, wenn der Akt des Abschiednehmens verkürzt wird.

Waltraud Eggenberger hat als Leiterin der Hospizgruppe des Diakonievereins viel Erfahrung in der Begleitung von Sterbenden und Trauernden. Die Angehörigen brauchen genau so Zuwendung und Liebe, Trost und Verständnis, wie der Sterbende auch. Sie strich auch die Wichtigkeit der Versöhnung im Sterbeprozess hervor – sowohl mit

anderen wie auch mit sich selbst.

Die anschliessende Diskussion schuf Raum für Voten und Fragen aus dem Publikum. Zudem diskutierten wir politische Möglichkeiten und Notwendigkeiten, wie z. B. ein «Trauerschaftsurlaub» für Trauernde, um den Verlust eines lieben Menschen zu verarbeiten. Der Vorstand wird die Erkenntnisse und Vorschläge aus dem Forum analysieren und weiterbearbeiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Rede über das Sterben und über den Tod, solange du noch darüber lachen kannst.



Ursi Schweizer  
Präsidentin  
EVP Werdenberg

# Neubau Staatsarchiv

**Die Standorte des Staatsarchivs sollen an einem neuen Standort in der Stadt St.Gallen konzentriert werden. Die EVP Kanton St.Gallen befürwortet den hierfür vorgesehenen Umbau und die Erweiterung am Standort Waldau.**

Das Staatsarchiv befindet sich heute an drei Standorten in der Stadt St.Gallen. Nun sollen die Räume an einem neuen Standort zusammengefasst werden. Vorgesehen ist der Standort Waldau, der aktuell ein Studienzentrum der Ostschweizer Fachhochschule beinhaltet. Der Einzug des Staatsarchivs soll im Jahr 2028 erfolgen.

Anlässlich der Sitzung der vorberatenden Kommission konnte ich mir ein Bild der jetzigen Situation machen. Die Verteilung auf drei Standorte verursacht einen erheblichen zusätzlichen Betriebsaufwand. Am Hauptstandort ist kein effizienter Betrieb mehr möglich. Der Raum- und Erneuerungsbedarf ist klar ausgewiesen.

Der Kreditbedarf beläuft sich auf 44,3 Millionen Franken. Davon

werden 39 Millionen Franken für die Erweiterung und Umnutzung des bestehenden Gebäudes benötigt. 8,3 Millionen Franken setzt der Kanton für eine Ersatzlösung für das Studienzentrum der Ostschweizer Fachhochschule ein. Für den Bau der Kulturgüterschutzräume rechnet der Kanton mit einem Bundesbeitrag von 3 Millionen Franken. Mit dem neuen Standort könnten Mietkosten von 165'000 Franken pro Jahr eingespart werden.

Der Vorstand der EVP begrüsst das vorgesehene Projekt und hat einstimmig die Ja-Parole gefasst.



Jascha Müller  
Kantonsrat  
EVP St.Gallen

## EINLADUNG

Daniel Bertoldo  
Präsident, EVP Kt. St.Gallen

## OPV im Kehrlichtheizkraftwerk St. Gallen

Das Kehrlichtheizkraftwerk St.Gallen macht deutlich, dass selbst Abfälle, die sich nicht wiederverwerten lassen, wertvolle Rohstoffe sind: Dank moderner Technologie lässt sich der Verbrennungsprozess als leistungsstarke Energiequelle nutzen.

Das Kehrlichtheizkraftwerk St. Gallen nahm 1972 als Kehrlichverbrennungsanlage (KVA) den Betrieb auf. Damit wurden Hauskehricht und Abfälle von Industrie und Gewerbe nicht mehr auf Müllhalden deponiert, sondern verbrannt. Die Anlage feiert in diesem Jahr ihr 50 Jahr Jubiläum. Seit der Inbetriebnahme hat sich die KVA stetig erneuert und den aktuellen Klima-herausforderungen angepasst.

Die zentrale Aufgabe der Kehrlichverbrennung ist geblieben. Ebenso wichtig ist aber heute die Energieversorgung der Stadt St.Gallen. In der Folge hat sich die Anlage von der Kehrlichverbrennungsanlage zum Kehrlichtheizkraftwerk (KHK) gemausert. Aus der Abwärme der Kehrlichverbrennung wird Fernwärme und Strom produziert. Nach Abschluss der aktuellen Erneuerungsarbeiten an der Rauchgasreinigung stehen der Stadt 169'000 Megawattstunden Fernwärme zur Verfügung.

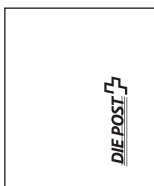
All das ist Anlass genug, dass wir anlässlich der diesjährigen ordentlichen Parteiversammlung (OPV) vom 30. April eine Führung im KHK erleben dürfen. Als Partei, der Nachhaltigkeit auch in der Wärmeerzeugung ein Anliegen, ist laden wir herzlich zur OPV mit anschliessender Führung im KHK und Apéro zum Ausklang ein.

14.15 Uhr: OPV  
15.00 Uhr: Führung durch das KHK  
(gutes Schuhwerk benötigt)  
16.30 Uhr: Apéro und Ausklang

Anmeldungen bitte bis zum 25.04.2022 an:

Sekretariat EVP SG  
c/o Timon Hofmänner  
Hirschweg 7  
9472 Grabs

oder per E-Mail an:  
[timon.hofmaenner@evp-sg.ch](mailto:timon.hofmaenner@evp-sg.ch)



## Humanitäre Nothilfe für die Ukraine

Wie so viele von uns war auch Kantonsrat Hans Oppliger vom Krieg in der Ukraine tief betroffen. Doch er fackelte nicht lange und gründete zusammen mit Persönlichkeiten aus der Region den Verein «Humanitäre Nothilfe Ukraine». Dank seiner bestehenden Kontakte in die Ukraine, seiner breiten Vernetzung in Politik und Verwaltung sowie dank seiner Tatkraft konnte die Aktion rasch aufgezogen und bekannt gemacht werden.

Gerade die Anfangsphase war sehr herausfordernd. Während Hans permanent ans Telefon und an den Computer gefesselt war, um die Transporte, den Papierkram und so vieles Anderes zu organisieren, war ich mit den anderen freiwilligen Helfern damit beschäftigt, Waren entgegenzunehmen, zu sortieren und geordnet in Paloxen (Palettenboxen) zu verpacken. Inzwischen konnten Lieferungen mit 8 Lkws (voll beladen mit je 66 Paloxen), 3 Kleinbussen sowie 3 Medikamentenlieferungen durchgeführt werden (Stand: 04.04.2022).

Wir haben auch viel Bewegendes erlebt: Ein Rentner kam vorbei, er

könnte in dieser Situation nicht in die Ferien reisen und legte uns sein Feriengeld in Höhe von 1'000 Fr. auf den Tisch. Ein Unternehmer schrieb uns, wir sollten für 1'000 Fr. bei SFS einkaufen und ihm die Rechnung zustellen. Bei SFS konnten wir dafür 80 Verbandsdosen erhalten; das Unternehmen legte kurzerhand weitere 40 obendrauf. Ein kleines Mädchen brachte seine Ersparnisse, 30 Fr., und legte 2 Glücksräppler dazu – das erinnerte mich stark an die arme Witwe aus Lukas 21,2. Und so dürfen wir viel Schönes erleben.

In unserer Bibel steht in Matthäus 25,35: „Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich bei euch aufgenommen.“

Herzlichen Dank an alle, die voller Herzblut und Engagement mitgeholfen, gespendet und Hilfsgüter vorbeigebracht haben. Vor allem aber danke ich Hans, der diese Aufgabe vorbildlich angepackt hat!

Jürg Trümpler  
EVP Werdenberg

Neu ist die Sammelstelle in Sevelen am Bahnweg Nord 16. Mehr Infos findest du auf [www.hilfeukraine.org](http://www.hilfeukraine.org).



Bild: Vollgepackte Paloxen, beschriftet auf Deutsch und Ukrainisch, bereit für den Transport. Die ersten paar Wochen war die Sammelstelle «Humanitäre Nothilfe Ukraine» beim Landwirtschaftlichen Zentrum Salez stationiert.